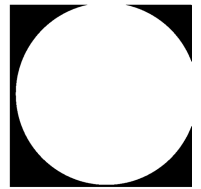


D**V****P****W**

Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) zur Politischen Bildung

Eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit, ihre grundlegenden Werte und politischen Strukturen müssen immer wieder aufs Neue verinnerlicht und mit Leben gefüllt werden. Unsere Demokratie steht heute vor weitreichenden Herausforderungen: Die Welt ist weniger überschaubar geworden. Angesichts einer ökonomischen und gesellschaftlichen Globalisierung und ihren Folgen drohen sich Menschen zunehmend populistischen Parolen und vereinfachenden, Grundwerte negierenden Lösungen zuzuwenden. Es braucht politisch gebildete Bürger*innen, die bereit und fähig sind, sich mit komplexen Problemen differenziert auseinanderzusetzen. Dabei gilt es, nicht nur einer verbreiteten Politik- bzw. Politiker*innen- und Parteienverdrossenheit, sondern auch einer zunehmenden Wissenschaftsverdrossenheit entschlossen entgegenzutreten. Eine wissenschaftsorientierte politische Bildung leistet einen essenziellen Beitrag zur Förderung der rationalen politischen Urteilsbildung im vermeintlich postfaktischen Zeitalter.

In zahlreichen Bundesländern ist heute eine Aufwertung der ökonomischen Bildung zu beobachten, sei es in Form von Fächern mit einer Doppeldenomination Politik & Wirtschaft oder durch die Einführung eines eigenständigen Fachs Wirtschaft. So wichtig ökonomisches Wissen angehender Bürger*innen ist, so zentral ist es zugleich, dass ökonomische Zusammenhänge einer multiperspektivischen sozialwissenschaftlichen Analyse unterzogen werden. Hierfür bietet die politikwissenschaftliche Forschung relevante Zugänge und wertvolle Erkenntnisse. Eine Aufwertung der wirtschaftlichen Fächeranteile darf nicht zulasten der politischen Bildung an Schulen gehen. Im Gegenteil: Angesichts der aktuellen ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die neue politische Antworten erfordern, ist eine Stärkung der schulischen wie außerschulischen politischen Bildung dringend geboten.

Die DVPW spricht sich mit Nachdruck dafür aus, politische Bildung bereits im Sachunterricht der Primarstufe explizit zu verankern. In der Sekundarstufe I und II allgemeinbildender Schulen muss der Stundenumfang des Faches dessen anspruchsvollen Zielen entsprechen – Politikunterricht darf kein Nischenfach sein! Ausgesprochen problematisch ist die Tatsache, dass Politikunterricht oftmals von fachfremden Lehrkräften erteilt wird. Eine qualifizierte politische Bildung bedarf einer fundierten politikwissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung der unterrichtenden Lehrer*innen. Umfassende politikwissenschaftliche Kenntnisse über politische Prozesse, Institutionen und zentrale Politikfelder auf nationaler und internationaler Ebene können nur im Rahmen eines differenzierten politikwissenschaftlichen Studiums nachhaltig erworben werden. Die politikwissenschaftlichen Institute sollten hierfür die Verantwortung tragen.

Politische Bildung leistet einen wertvollen Beitrag, Herausforderungen wie Migration und Inklusion erfolgreich zu meistern, Extremismus und Fundamentalismus v.a. auch präventiv zu bekämpfen, und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Indem politische Bildung das politische Interesse und politische Wissen der (angehenden) Bürger*innen erhöht, ihre politische Urteilsfähigkeit fördert und ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur politischen und zivilgesellschaftlichen Beteiligung stärkt, stützt sie eine demokratische politische Kultur und die Zukunftsfähigkeit unseres politischen Systems. Demokratie fällt nicht vom Himmel, sie muss stets neu begründet werden – auch und gerade in Schule und Hochschule.

Verabschiedet vom Vorstand der DVPW am 21. März 2017.

www.dvpw.de